

**POSITIONSPAPIER**



---

# **WISSENSCHAFT UND POLITIK IN DER CORONA-KRISE**

---

Auf dem Weg zu guter,  
wissenschaftsgeleiteter Politik

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BAYERN



# AUF DEM WEG ZU GUTER, WISSENSCHAFTSGELEITETER POLITIK: DIE RICHTIGEN LEHREN AUS DER CORONA-KRISE ZIEHEN!

---

Virolog\*innen mutieren plötzlich zu Pop-Stars und medizinische Studien, die sonst nur für ein Fachpublikum gedacht waren, werden plötzlich in den Aufmachern der Leitmedien zitiert. Die wissenschaftsgeleiteten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, wie die weitreichende Einschränkung des öffentlichen Lebens und die damit verbundenen immensen finanziellen Aufwendungen für diese und kommende Haushaltsperioden spiegeln die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für unsere moderne Gesellschaft angesichts der globalen Herausforderungen wider.

Wissenschaft erweist sich damit im besten Sinne als systemrelevant und hat uns mittels der darauf aufbauenden wissenschaftsgeleiteten Politik bisher – zumindest in Bayern und der Bundesrepublik – verhältnismäßig gut durch die ersten Monate der Pandemie gebracht; auch wenn sich der Vergleich mit alternativen Verläufen ohne die entsprechenden drastischen Gegenmaßnahmen bedingt durch das unvermeidliche Präventionsparadoxon nur eingeschränkt ziehen lässt.

Die Corona-Krise zeigt aber gleichermaßen wie unter einem Brennglas auf, wo die Lücken unseres Systems sind. Das betrifft nahezu alle Bereiche der Landes- und Bundespolitik, vom Gesundheitswesen über die Bildungspolitik bis hin zur Wirtschafts- und Kulturpolitik. In ganz besonderem Maße werden die Lücken aber im Wissenschaftssystem selbst und seinem Zusammenspiel mit unserem demokratischen Gemeinwesen offenkundig. Die richtigen Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen, heißt daher:

- 1) sich zunächst der Bedeutung von Wissenschaft für die Gesellschaft und als Grundlage für Politikgestaltung bewusst zu werden.
- 2) die bestmöglichen Voraussetzungen für eine gute wissenschaftsgestützte Politik zu schaffen und den Verwerfungen, die die Pandemie in unserer Hochschullandschaft hinterlässt, entgegenzuwirken.

Als Grüne im Bayerischen Landtag sehen wir dies weiter als wichtigen Bestandteil unserer künftigen landespolitischen Agenda.

## 1. Rolle der Wissenschaft für die Gesellschaft

Erkenntnisse über die Wirklichkeit zu generieren, ist ein Kernanliegen der Wissenschaft. Mit Hilfe einer Vielzahl von Methoden und im kritischen Austausch innerhalb der Wissenschaftscommunity wird versucht, einen Erkenntnisgewinn zu erzielen. Die Erkenntnis innerhalb der Naturwissenschaften gilt (jedenfalls bis sie durch fortschreitende wissenschaftliche Erkenntnis korrigiert oder widerlegt wird) als objektiv – und in diesem Sinne als Wahrheit.

Wissenschaftliche Prozesse ähneln dadurch in mancher Weise politischen Prozessen in unserer Demokratie, vor allem in Bezug auf den hohen Stellenwert eines offenen Diskurses und das Ringen um allgemeingültige Übereinkünfte. Von einem „Streit“ zu reden ist in beiden Systemen nicht sinnstiftend: im politischen Kontext dient die Debatte der Meinungsfindung, der Meinungsbildung und der Kommunikation an die Bürger\*innen.

Im Wissenschaftssystem schafft die Debatte Erkenntnisgewinn durch Austausch, bringt neue methodische Standpunkte auf und überprüft Hypothesen.

Wissenschaftliche Erkenntnisse stehen in Wechselwirkungen mit der Gesellschaft, und mitunter braucht es geraume Zeit, bis sich Hypothesen durchsetzen oder Themenkomplexe überhaupt betrachtet werden. Die These vom menschlichen Einfluss auf den Klimawandel stellt z. B. nach heutigem wissenschaftlichem Kenntnisstand die Wahrheit dar. Die Klimahypothese war jedoch bereits in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wahr, auch wenn damals nur eine Minderheit der Wissenschaftscommunity daran geglaubt oder überhaupt davon gesprochen hat – so wie die Schwerkraft bereits vor Isaac Newton existierte. Wissenschaftliche Übereinkünfte basieren somit nicht auf Mehrheitsbeschlüssen, sondern sind Ergebnis wissenschaftlicher Anstrengung, Reflexion und Überprüfung: ein besseres Erkennen der Wirklichkeit, auf welches die Gesellschaft reagiert.

Die wissenschaftliche Übereinkunft vom menschlichen Einfluss auf den Klimawandel hat allerdings nicht verhindert, dass im politischen Feld Kräfte präsent sind, die diese Erkenntnis vehement bestreiten. Diesen Akteur\*innen geht es aber nicht um Wahrheit, sondern um Meinung, die sich gelegentlich als (pseudo-)wissenschaftliche Erkenntnis verkleidet und einen aufrichtigen politischen Dialog mit der Wissenschaft ablehnt.

Hier zeichnet sich ein grundlegender Riss ab, der derzeit durch unsere Gesellschaft geht. Neben klassischen Gegensätzen im politischen Diskurs, wie dem zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Zentrum und Peripherie, oder neuen wie zwischen postmateriellen und materiellen Werten, tritt der Gegensatz zwischen rationaler und irrationaler Politik immer mehr in den Vordergrund. Letztere bahnt sich durch populistische Parteien immer wieder ihren Weg und zeigt sich in Phänomenen wie Klimawandelleugnung, Einwanderungängsten oder politisch manifestiertem Verschwörungsdenken.

Gleichzeitig scheint sich die Beziehung der Gesellschaft zur Wissenschaft verändert zu haben: Wissenschaft genießt größere gesellschaftliche Aufmerksamkeit – in ganz unterschiedlichen Varianten. So sehen wir einerseits beispielsweise in negativer Hinsicht die ideologisch motivierten Angriffe auf die Klima- oder Genderforschung, aber andererseits auch aufrichtiges und ernst gemeintes Interesse an wissenschaftlicher Erkenntnis, wie in der Fridays for Future-Bewegung, deren Kernforderung prinzipiell aus einem „Hört endlich auf die Wissenschaft!“ besteht. Daraus ist eine der größten gesellschaftlichen Bewegungen der vergangenen Jahre geworden. Auch in der Gesamtbevölkerung ist dieser Gedanke angekommen. So vertrauen laut dem *Wissenschaftsbarometer* der Organisation *Wissenschaft im Dialog* vom Mai 2020 zwei Drittel der Befragten der Wissenschaft. Ganze 73 Prozent wünschen sich eine wissenschaftsbasierte Politik.<sup>1</sup>

## 2. Rolle der Wissenschaft für die Politik

Für uns Grüne gehört die Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse von Anfang an zu unserer DNA. So macht wissenschaftlich untermauerte Klima- und Umweltpolitik einen unserer Kerninhalte aus. Weiter haben wir in der Anti-Atom-Debatte immer wieder auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse die Gefahren und Folgen der Atomenergie in die Diskussion eingebracht.

Nicht nur bei der Debatte um Klima und Energie stützen wir uns auf die Wissenschaft, sondern auch, wenn wir andere Zukunftstechnologien betrachten oder gesellschaftliche Themen ansprechen. So ist es für uns Grüne nichts Neues, auch in der Pandemie wissenschaftliche Erkenntnisse zur Grundlage unserer Arbeit zu machen. Nicht erst die Corona-Krise zeigt die Bedeutung wissenschaftlicher Arbeit für das gesamte politische System. Die Pandemie hat wissenschaftliche Erkenntnis und wissenschaftliche Kennzahlen – von denen viele vorher noch nie gehört hatten, wie die Reproduktionsziffer R oder die Übersterblichkeit – deutlich mehr in den politischen Fokus gerückt.

Wissenschaft kann und soll eine fundierte, nachvollziehbare Basis für sinnvolles und verantwortungsvolles politisches Handeln liefern. Daher ist das Wissenschaftssystem in seiner Gesamtheit systemrelevant – das hat uns die aktuelle Krise gerade vor Augen geführt.

1 <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial/>

Dabei ist zu bedenken, dass das Tempo wissenschaftlichen Arbeitens nicht beliebig beschleunigt werden kann. Dies zeigte sich deutlich in der Pandemie-Situation: die kritische Diskussion und Überprüfung der vorgelegten Ergebnisse mittels anerkannter Methoden wie peer review, unabhängiger Begutachtung und Veröffentlichung der entsprechenden Ergebnisse braucht Zeit. Speziell die Problematik von Pre-Print-Veröffentlichungen ist durch Corona sehr ins Rampenlicht geraten und auch die Tatsache, dass Politiker\*innen und Journalist\*innen damit oft nicht umgehen können. In einer Situation wie der Corona-Pandemie ist die Forschung zwar schnell in der Lage erste Ergebnisse zu präsentieren, eine in der Wissenschaft übliche Qualitätssicherung macht die entsprechenden Prozesse aber tendenziell langsamer als von politischen Entscheidungsträger\*innen zur Absicherung der eigenen Handlungen gerne eingefordert wird. Es ist ein Verständnis dafür nötig, dass in drängenden Situationen politische Entscheidungen auch bei eingeschränkter bzw. unzureichender Faktenlage und Kenntnisstand getroffen werden müssen. Ebenso muss Verständnis aufgebracht werden, dass Wissenschaften die notwendige Zeit für ihre Forschung und Ergebnissicherung benötigen. Unter der Prämisse, dass Wissenschaft in vielen Bereichen nur „what if“-Szenarien darstellen kann, liegt also letztlich im Verantwortungsbereich der Politik, die wissenschaftlichen Erkenntnisse und politischen Optionen abzuwägen und darauf basierend Entscheidungen zu treffen.

Insgesamt muss ein Bewusstsein dafür bestehen, wo die Grenzen der Wissenschaft liegen. Wichtige politische Entscheidungsgrundlagen, die über die reine Faktenlage hinausgehen, sind Interessensabwägung, Repräsentanz, Meinung und Debatte und die zugrundeliegenden Wertefundamente und Organisationsstrukturen. Sich vor Augen zu rufen, dass weder unser Grundgesetz noch die allgemeine Erklärung der Menschenrechte Ergebnisse wissenschaftlicher Erkenntnisse waren, sondern historischen Lernens, gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und demokratischer Diskurse, ist dafür ein gutes Beispiel. Wissenschaft kann und darf Politik nicht ersetzen – und Politiker\*innen dürfen sich daher auch nicht hinter vermeintlicher Alternativlosigkeit wissenschaftlicher Thesen verstecken.

Schwierig nicht nur für die Politik, sondern für unseren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt, ist die zunehmende Verbreitung von Fake News und Verschwörungsdenken. Oft gepaart mit einer Ablehnung grundlegender wissenschaftlicher Erkenntnisse, entziehen sie die Basis für den gemeinsamen Diskurs im politischen Raum. Dieser Entwicklung gilt es, sowohl wissenschaftlich-argumentativ wie auf politischer Ebene entgegenzutreten. Eine gute Wissenschaftskommunikation wirkt nicht nur präventiv für das Auftreten von Verschwörungsmythen, sondern liefert auch Argumente, die Verschwörungsgläubigen entgegengehalten werden können.

Wenn wissenschaftliche Erkenntnisse verständlich und transparent in die Bevölkerung hinein kommuniziert werden und ein Bewusstsein dafür besteht, was gute Wissenschaft ausmacht, hilft dies, pseudowissenschaftlichen und verschwörungsideologischen „Methoden“ bzw. Strategien die Stirn zu bieten. Denn ein Grundverständnis für wissenschaftliche Arbeitsweisen immunisiert gegen pseudowissenschaftliche Ideologien.

### **3. Voraussetzungen für das Gelingen von wissenschaftsgeleiteter Politikberatung**

Das System Wissenschaft steht also in Wechselwirkung mit dem politischen Raum. Die Grundlagen für wissenschaftliche Arbeit werden von der Politik in Form von Beschlüssen über Finanzmittel, Bauvorhaben, organisatorische und rechtliche Voraussetzungen, aber auch über die Einrichtung von Hochschulen und anderen Wissenschaftsstätten gelegt.

Gleichzeitig agiert die Wissenschaft selbst nicht im luftleeren Raum: Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse finden auch in der Wissenschaftscommunity statt; als politische Handlungsempfehlungen gedachte, wissenschaftliche Stellungnahmen sind selbst nicht vor entsprechendem Bias gefeit. Denken wir beispielsweise an die Debatte über Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, so besteht in der Wis-

senschaft dringender Handlungsbedarf. Gerade einmal jede fünfte Professur in Bayern hat eine Frau inne, Tendenz nur extrem langsam steigend. Welche Folgen mangelnde Diversität und Interdisziplinarität an dieser Stelle für die Inhalte wissenschaftlicher Arbeit haben kann, zeigte sich besonders deutlich am Paper der Nationalen Wissenschaftsakademie Leopoldina zur Coronavirus-Pandemie<sup>2</sup>. Von 26 Mitgliedern der Arbeitsgruppe waren lediglich zwei Frauen. Wichtige Themen wie frühkindliche Bildung und Auswirkungen der Kita- und Schulschließungen, die leider in unserer Gesellschaft immer noch *Frauenthemen* sind, wurden darin nicht beachtet, was umgehend die berechtigte Kritik einer namhaften Reihe Wissenschaftlerinnen und breiter Teile der Öffentlichkeit hervorrief<sup>3</sup>.

Nicht nur in Politik und Medien, sondern auch in der Wissenschaft selbst wird zudem derzeit ein Corona-Überlagerungseffekt vermutet, der andere wichtige Themen verdrängt. Es ist zu hoffen, dass Corona in der medizinischen Forschung etwa das Problem der Antibiotikaresistenzen nicht verdrängt, letzteres scheint sich im Schatten der Pandemie eher noch zu verstärken. Das zeigt exemplarisch: Wissenschaftliche Arbeit muss auch die Fragen aufgreifen, die unsere Gesellschaft als Ganzes beschäftigen und sie für sich selbst reflektieren, um den eigenen Bias erkennen zu können.

Einen Nutzen zieht die Gesellschaft daraus allerdings nur, wenn die Debatten dann wieder ihren Weg zurück in eine breitere Öffentlichkeit finden. Deswegen müssen wir die Wissenschaftskommunikation stärken, gerade in Zeiten in denen viele Medien ihre Wissenschaftsredaktionen bereits abgebaut haben. Die sogenannte *Third Mission* (neben Lehre und Forschung), also die Austauschbeziehungen und Kooperationen der Hochschulen, in denen wissenschaftliche Ergebnisse in die Gesellschaft hinein vermittelt werden, braucht mehr Beachtung. Wir müssen die Grundlagen dafür schaffen, damit Hochschulen diesen Auftrag besser wahrnehmen können. Zudem müssen wir dazu beitragen, dass Wissenschaftskommunikation sich als Berufsfeld noch stärker etablieren kann als bisher.

Das ist für politische Entscheidungen und ihre Akzeptanz zwingend notwendig, denn deren Grundlage sind wissenschaftliche Erkenntnisse und Fragestellungen. Zwar muss Akzeptanz grundsätzlich zuallererst durch die Politik selbst generiert werden; durch Transparenz und damit durch die Möglichkeit zu Kritik. Das bedeutet aber weiter, dass die Politik transparent kommunizieren muss, welche wissenschaftlichen Resultate ihrem Handeln zugrunde liegen, wer zu Rate gezogen wurde und wie diese Ergebnisse zustande gekommen sind. Die Wissenschaft selbst muss dazu beitragen, indem sie ihre Forschungsergebnisse in eine breitere Öffentlichkeit hinein kommuniziert und das Verständnis für wissenschaftliche Arbeitsweisen fördert. Denn basierend auf dem Verständnis wissenschaftlicher Erkenntnisse können politische Maßnahmen besser diskutiert und kritisiert werden. Damit kann Vertrauen und ggf. auch Akzeptanz für politische Maßnahmen generiert werden.

Exzellente und innovative Forschung benötigt Methodenpluralismus, Multiperspektivität und die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit, die die Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft garantiert. Diese muss der Forschungsstandort Bayern durch eine ausreichende Grundfinanzierung sicherstellen.

Dass es blinde Flecken – also Forschungsdesiderate – gibt, liegt in der Natur der wissenschaftlichen Methode. Wissenschaftliche Erkenntnis unterliegt einem Fluss und erschließt sich selbst immer neue Themenfelder und Aspekte eines bestimmten Themas.

Aufgabe einer staatlichen Wissenschaftsförderung ist es deshalb, über die Bereitstellung einer auskömmlichen Grundfinanzierung hinaus, bestimmte, gesellschaftlich relevante Forschungsdesiderate zu identifizieren und Mittel für deren Erforschung zur Verfügung zu stellen. Beispielsweise funktioniert die medizinische Forschung im Hinblick auf die COVID19-Pandemie gut, auch wenn die Dominanz virologisch-pharmakologischer Forschungsansätze hervorsteicht. Forschungslücken gilt es aber beispielsweise

2. [https://www.leopoldina.org/uploads/tx\\_leopublication/2020\\_04\\_13\\_Coronavirus-Pandemie-Die\\_Krise\\_nachhaltig\\_überwinden\\_final.pdf](https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_überwinden_final.pdf)  
3. [https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/efp/News\\_EFP/Kommentar\\_zur\\_Leopoldina-Stellungnahme\\_mit\\_Unterzeichnenden.pdf](https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/efp/News_EFP/Kommentar_zur_Leopoldina-Stellungnahme_mit_Unterzeichnenden.pdf)

noch bei den psychosozialen und gesellschaftlichen Folgen des Lockdowns zu schließen. Die Ergebnisse solcher Studien haben auch direkt Auswirkungen auf die politische Schwerpunktsetzung und Meinungsbildung.

In der Forschung müssen wir auf eine stärkere interdisziplinäre Vernetzung innerhalb der Hochschulen und auch zwischen Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen setzen. In solchen Clustern kommen die Stärken der unterschiedlichen Akteur\*innen am besten zum Tragen. Wir müssen aber auch die Funktionsbereiche der Wissenschaft vernetzt denken. Während der Gedanke der Einheit von Forschung und Lehre sich weitgehend durchgesetzt hat, findet die *Third Mission* eher schleppend Einzug in das System Wissenschaft.

Das hat seine Gründe auch in der mangelnden Strukturierung und Systematisierung der *Third Mission* und der Wissenschaftskommunikation im Speziellen. Neben der Wissenschaftskommunikation ist vor allem die wissenschaftliche Politikberatung ein zentraler Teil der *Third Mission*. Nachdem sich immer mehr Menschen eine wissenschaftsgeleitete Politik wünschen – nicht nur in Corona-Zeiten – ist das ein ganz zentraler Aspekt. Institutionalisierte Politikberatung muss transparent, strukturiert und unabhängig sein. Sie dokumentiert die wissenschaftliche Fachdebatte transparent und bildet zudem abweichende Meinungen ab.

Eine solche wissenschaftliche Politikberatung wird nicht erst auf Anfrage durch die Staatsregierung tätig; sie beschäftigt sich eben dauerhaft und unabhängig mit gesellschaftlich relevanten Fragestellungen<sup>4</sup>. Wissenschaftsgeleitete Politikberatung darf nicht zum Herrschaftswissen der Regierung dienen, sonst sinkt die Akzeptanz der Bevölkerung und parlamentarische Kontrolle kann nicht ausgeübt werden!

Wir Grüne wollen angesichts der Corona-Pandemie einen Beitrag dazu leisten, dass der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft sowie das Vertrauen in die Wissenschaft gestärkt werden und bestmögliche Voraussetzungen für eine wissenschaftsgeleitete Politik im Freistaat entstehen. Um den Wissenschaftsstandort für diese Aufgaben fit zu machen und den pandemiebedingten Verwerfungen im Hochschulsystem entgegenzusteuern, braucht es eine andere Wissenschaftspolitik.

#### 4. Situation des Wissenschaftsstandorts Bayern

Nachdem die Gründung der neuen Landesuniversitäten und der Fachhochschulen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts die Forschung und Lehre erfolgreich in die Breite getragen hat, beschränkt sich die Wissenschaftspolitik der Staatsregierung der vergangenen Jahre vor allem auf Leuchtturmprojekte. Neben der Förderung von Spitzenforschung und der bayerischen Beteiligung an der Exzellenzinitiative des Bundes war in jüngster Zeit vorwiegend die HighTech-Agenda von Ministerpräsident Söder der Fokus bayerischer Wissenschaftspolitik. Diese beschränkt sich sehr einseitig auf digitale Technologien und lässt wichtige Themenfelder der Digitalisierung außen vor, wie beispielsweise die gesellschaftliche Verträglichkeit von Innovationen oder psychologische, wirtschaftliche, rechtliche und ethische Komponenten. Ein Fokus auf die wichtigen Fragen unserer Zeit wie die Klimakrise fehlt völlig. Der für politische Entscheidungen eminent wichtige Aspekt der Technikfolgenabschätzung, wird von Seiten der Staatsregierung stets als Querschnittsaufgabe bezeichnet, mit dem Ergebnis das er nirgends institutionell abgebildet ist und systematisch zu kurz kommt.

Nach der Regierungserklärung von Ministerpräsident Söder im Herbst ist mittlerweile ein Großteil der Professuren im Rahmen dieser HighTech-Agenda ausgeschrieben worden, einige stehen noch aus. Doch trotz HighTech-Agenda hat sich die digitale Infrastruktur nicht nennenswert verbessert. Mit der HighTech-Agenda plus setzt die Staatsregierung jetzt dennoch noch eins oben drauf und will die Besetzung der Stellen völlig überhastet durchsetzen und zweckentfremdet Gelder aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre

4. Ein Beispiel für eine solche unabhängige, langfristig und transparent angelegte wissenschaftliche Politikberatung sind die regelmäßigen Berichte des Weltklimarats IPCC:  
<https://www.de-ipcc.de/119.php>

stärken des Bundes. Diese Gelder dienen eigentlich dazu, die Qualität der Lehre in der Breite sicherzustellen – nicht für Prestigeprojekte in einzelnen Disziplinen. Wie die Hochschulen die Besetzung der Stellen im Schnelldurchlauf überhaupt hinbekommen sollen, bleibt offen.

Viele der Hochschulen im Freistaat sind außerdem digital nur mangelnd ausgestattet und waren dementsprechend schlecht auf die Herausforderungen der COVID19-Pandemie vorbereitet. Unter großen Bemühungen haben Hochschulen und Lehrende das Sommersemester 2020 dennoch als weitgehend digitales Semester organisiert. Doch seit Langem bestehende Probleme wie die mangelnde Grundfinanzierung und die prekären Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Mittelbaus machen sich nun in der Krise erst recht bemerkbar.

Für Lehrende bedeutet die Umstellung auf digitale Lehre einen großen Aufwand, der nur zum Teil in die Berechnung des Lehrdeputats einfließt. Oft geht der zeitliche Mehraufwand zu Ungunsten der eigenen Forschung oder wissenschaftlichen Qualifikation. Wie in vielen Berufen erleben wir leider auch in der Hochschullandschaft als Folge der Corona-Krise eine Retraditionalisierung veralteter Rollenbilder.

In den vergangenen Monaten hat der Publikationsoutput weiblicher Forscher\*innen signifikant nachgelassen, da sich Frauen im Home Office oft neben den beruflichen Herausforderungen zusätzlich überproportional häufig um unbezahlte Fürsorgearbeit und Haushaltsaufgaben kümmern müssen.

Auch für den künftigen wissenschaftlichen Nachwuchs zeichnet sich ein schwieriges Bild: der überwiegende Teil von ihnen erwartet negative Auswirkungen der Pandemie auf ihre Psyche und/oder ihr Studium. In einer Studie der Universität Würzburg gemeinsam mit anderen Hochschulen erwarten fast ein Drittel der Studierenden negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihre finanzielle Situation, fast jede\*r Zehnte gibt an, nicht die notwendige technische Ausstattung für die Online-Lehre zu haben.<sup>5</sup> Nicht-traditionelle Studierende sind hiervon besonders stark betroffen; für sie steigt das Risiko, aufgrund finanzieller oder sozialer Schwierigkeiten, das Studium abbrechen zu müssen.

Probleme wie die verfallende Bausubstanz scheinen in Zeiten digitaler Lehre auf den ersten Blick vernachlässigbar. Doch in Studiengängen mit hohen Praxisanteilen lässt sich nicht ganz auf Präsenzformate verzichten (bspw. Laborarbeit in naturwissenschaftlichen Studiengängen, Instrumentalunterricht an Musikhochschulen oder Sportunterricht in Sportwissenschaftlichen Studiengängen); auch Bücher müssen größtenteils weiterhin in Bibliotheken eingesehen bzw. ausgeliehen werden und nicht jede\*r Beschäftigte hat die Möglichkeit (ausschließlich) im Home Office zu arbeiten – oder möchte dies gar nicht. Hier tut der bauliche Zustand der Hochschulen im Freistaat sein Übriges. Noch immer beträgt der Finanzierungsbedarf an bayerischen Hochschulen allein bei so genannten „großen Baumaßnahmen“ über 100.000 Euro ganze 5 Milliarden Euro. Einen langfristigen Plan zum Abbau des Sanierungsstaus gibt es bis heute nicht.

Oft wird Wissenschaftspolitik in Bayern lediglich als Strukturpolitik verstanden, um Regionen aufzuwerten. Das ist zweifelsohne möglich, aber nicht die Hauptaufgabe der Wissenschaftspolitik. Das Verhältnis zwischen den beiden Extremen – dem Drang, Wissenschaftseinrichtungen in immer ländlichere Regionen zu bringen, und dem Beharren auf Exzellenz, die quasi nur in München substanziell ausgebaut wird – ist weiterhin ungeklärt. Hier fehlt ein Gesamtkonzept, wie wissenschaftliche Einrichtungen und akademische Ausbildungsmöglichkeiten den gesamten Freistaat abdecken können, ohne zersplitterte Hochschulstandorte auf weiter Flur zu schaffen.

Auch fehlt es an einer Evaluation der Maßnahmen der letzten beiden Jahrzehnte, um die politische Auseinandersetzung darüber führen zu können. Transparenz ist in der bayerischen Wissenschaftspolitik leider Mangelware: der Landtag wird nur selten einbezogen oder erhält nur eingeschränkt umfassende Berichte. Diese mangelnde Transparenz schlägt sich leider auch in einem fehlenden Bewusstsein für Wissenschafts-

5. <https://www.uni-wuerzburg.de/aktuelles/pressemitteilungen/single/news/studieren-in-coronazeiten-1/>

kommunikation bei der Staatsregierung nieder. Bewusste Förderprogramme oder Ausbildungswege in dem Bereich sind in Bayern die Ausnahme; und das, obwohl uns die Corona-Pandemie gezeigt hat, wie wichtig eine gute Wissenschaftskommunikation in solchen Zeiten ist, und 2020 vom Bund als Jahr der Wissenschaftskommunikation gesetzt wurde.

## 5. Hauruck-Hochschulrechtsnovelle der Staatsregierung

Nachdem eine Hochschulrechtsnovelle bereits seit über zwei Jahren angekündigt ist, will die Staatsregierung jetzt hier im Hauruckverfahren eine Gesetzesänderung durchdrücken, die die komplette bayerische Wissenschaftslandschaft umkrepeln will. Hochschulen sollen demnach eigene Körperschaften werden und auf eigenes Risiko agieren, die Staatsregierung will sich einen schlanken Fuß machen und sich nur noch auf die Rechtsaufsicht über die Hochschulen zurückziehen.

Die als Körperschaften verwalteten Hochschulen sollen sich dann in einem Hochschulkonvent eine eigene Struktur geben. Ohne Not verwickelt die Staatsregierung die bayerischen Hochschulen jetzt, in einer Zeit, in der sowieso viel sich im Umbruch befindet, in Strukturdiskussionen, die teils jahrelang dauern könnten. Das würden die bayerische Hochschullandschaft auf Jahre hin schwächen.

Gleichzeitig soll aber auch das Prinzip der unternehmerischen Hochschule weiter verankert und zementiert werden. Die Staatsregierung will die hochschulinterne Gremienstruktur weitgehend entmachten und mehr Kompetenzen bei den Präsidien und den zur Hälfte extern besetzten Hochschulräten zementieren. Dabei ist das Prinzip der unternehmerischen Hochschule und der zentralisierten Hochschulgovernance ein totes Pferd, das die Staatsregierung weiterreiten will. Andere Bundesländer nehmen in ihren Hochschulgesetzen davon inzwischen längst wieder Abstand.

Die Änderungen im Hochschulrecht sollen genau auf Söders HighTech-Agenda zugeschnitten sein – anstatt auf die Bedürfnisse der Hochschullehrer\*innen, der Mitarbeiter\*innen und der Studierenden. Die geplanten Änderungen stoßen deswegen auch auf den massiven Widerstand vieler Verbände.

Wir lehnen die Änderung, die die interne Hochschulgovernance noch zentralistischer und undemokratischer machen soll, bei der die Staatsregierung sich aber gleichzeitig aus ihrer Verantwortung für die Wissenschaftspolitik zurückziehen will, entschieden ab.

## 6. Wo muss die Wissenschaftspolitik in Bayern während und nach Corona hin?

### a. Substanz aufrechterhalten

Der immense Sanierungsstau der bayerischen Hochschulen ist seit Jahren offensichtlich. Wir brauchen einen konkreten Plan, um ihn über die kommenden zehn Jahre sukzessive zu beseitigen. Denn gute Forschung und Lehre kann nur mit den richtigen, auch baulichen Rahmenbedingungen stattfinden. Hörsäle und Bibliotheken, in die es reinregnet, und Büros, in denen einem die Decke sprichwörtlich auf den Kopf fällt, sind hier nicht förderlich.

Gleichzeitig müssen die Hochschulen auch in ihren Mitteln so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben in Forschung und Lehre, aber auch in der Wissenschaftskommunikation gut erfüllen können. Dazu gehört eine solide Grundfinanzierung, die Personal und Ausstattung auf hohem Niveau ermöglichen. Leider geht der Trend in den vergangenen Jahren weg von der Grundfinanzierung durch den Freistaat hin zu mehr Drittmittel- und Projektfinanzierung. Dabei sind letztere aus unserer Sicht die Kür, die erst möglich wird, wenn es einen soliden finanziellen Grundstock durch den Freistaat gibt.

Darüber hinaus müssen Mittel aus der Hightech-Agenda der Staatsregierung in die digitale Infrastruktur der Hochschulen fließen. Neue Forschungsmittel für Künstliche Intelligenz sind wichtig. Wenn aber WLAN-Abdeckung, Serverinfrastruktur und digitale Bibliotheksangebote zu wünschen übriglassen, werden wir es nicht schaffen, unsere Hochschulen zum Aushängeschild für digitale Entwicklung zu machen.

#### **b. Gesellschaftlich relevante Forschung fördern**

Gleichzeitig wollen wir Forschung dort gezielt fördern, wo wir übergreifende und gesellschaftlich relevante Forschungsbedarfe sehen. Zusätzlich zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die medizinische Forschung zur Eindämmung der COVID19-Pandemie ist es notwendig, die psychosozialen Auswirkungen des Lockdowns und der aktuellen Maßnahmen zu erforschen. Baden-Württemberg hat mit seiner Kinderstudie gut vorgelegt. Auch in Bayern gibt es ähnliche Projekte, die jedoch einer Finanzierung bedürfen.

Wir sehen, dass gerade in der Krise, aber auch darüber hinaus, nicht nur naturwissenschaftliche Forschung gefragt ist. Viele geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer beschäftigen sich mit alltäglichen Fragen, die von großer Relevanz für uns alle sind und die maßgeblich bestimmen, wie unsere Gesellschaft funktioniert oder besser funktionieren kann. Fachdisziplinen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wissenschaftliche Erkenntnis ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – MINT und Geisteswissenschaft gleichermaßen.

Übergreifende Fragestellungen gibt es aber über die Corona-Krise hinaus. Die Klimaüberhitzung wird in den nächsten Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen und gravierende Auswirkungen nach sich ziehen. Deswegen müssen wir die Forschung im Bereich des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung deutlich ausbauen. Uns bleiben nur noch wenige Jahre dafür, hier politisch auf Basis der wissenschaftlichen Ergebnisse entgegenzuwirken.

#### **c. Wissenschaftskommunikation & Transparenz stärken**

Wissenschaftsgeleitete Politik kann nur mit einer gezielten wissenschaftlichen Politikberatung gelingen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese transparent, strukturiert und unabhängig geschieht. Nur so kann sie ihren Zweck erfüllen. Ad-hoc-Beratungsgremien können in Situationen wie der aktuellen Pandemielage zwar sinnvoll sein. Hier ist aber die Transparenz von Datengrundlagen, Entscheidungswegen und Beteiligten unerlässlich. Für eine nachhaltige Akzeptanz politischer Entscheidungen ebenso wie eine auf Dauer angelegte, wissenschaftsgestützte Politik, müssen diese Prozesse systematisiert dargestellt werden. Dazu ist es erforderlich, gemeinsam mit der Wissenschaftscommunity Lösungen zu finden.

Wissenschaft hat einen Auftrag gegenüber der gesamten Gesellschaft. Deswegen sehen wir die *Third Mission*, also die Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse an eine breite Öffentlichkeit, als Auftrag, der mit Forschung und Lehre gleichrangig ist. Viele Hochschulen sind auf diesem Feld schon aktiv: Öffentliche Ringvorlesungen, Wissenschaftstage oder sog. Lange Nächte der Wissenschaft leisten hier einen Beitrag. Aber Wissenschaftskommunikation kann keine Rucksackaufgabe für die Hochschulen sein! Die Hochschulen müssen befähigt werden, Wissenschaftskommunikation als zusätzliche Aufgabe anzunehmen. Sollen Best-Practice-Beispiele in die Breite gebracht werden, müssten die Hochschulen mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Darüber hinaus bedarf es einer abgestimmten Strategie von Bund und Ländern zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation.

Ebenso braucht es die notwendige Expertise: Wir fordern Qualifizierungsangebote für den wissenschaftlichen Nachwuchs ebenso wie Programme, mit denen ein Verständnis für wissenschaftliche Arbeitsweisen transparent an die breite Öffentlichkeit getragen werden. Bereits in der Schule sollte ein

grundlegendes Verständnis für wissenschaftliche Arbeitsweisen vermittelt werden.

Durch eine konsequente Umsetzung des Open Data-Grundsatzes können wissenschaftliche Ergebnisse der Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden. Einzelne Hochschulen haben sich bereits eine gute Kompetenz im Bereich Open Data erarbeitet. Eine landesweite Strategie und die notwendige Unterstützung seitens der Staatsregierung fehlen jedoch leider. Wir fordern deswegen eine bayerischen Open Access- und Open Data-Strategie und eine Zweitveröffentlichungspflicht für Forschungsergebnisse, die aus Steuergeldern finanziert wurden.

#### **d. Ein Hochschulzukunftsgesetz für alle**

Das aktuelle Gesetzgebungsverfahren der Staatsregierung muss gestoppt und durch ein transparentes Verfahren, das den Landtag und Verbände von Anfang an miteinbezieht, ersetzt werden. Grundlage sollen dabei nicht die ideologischen Vorstellungen der Staatsregierung zur Wissenschaftslandschaft sein, sondern auch die Rückmeldungen der Hochschulangehörigen, die wir etwa bei der von uns beantragten Sachverständigenanhörung im Oktober 2020 hören konnten.

Ein grünes Hochschulzukunftsgesetz will die demokratische Governance der Hochschulen und ihre Gremienstrukturen stärken. Wissenschaft ist ein Diskussionsprozess auf Augenhöhe. Sie ist in ihrer Arbeitsweise demokratisch. Entsprechend müssen die Beteiligungsstrukturen der Hochschulen demokratisch sein. Wir wollen Hochschulgremien in Bayern gruppenparitätisch besetzen, nachdem viele Hochschulen in anderen Bundesländern damit bereits sehr gute Erfahrungen machen.

Für eine gelingende Mitbestimmung ist aber auch die Interessenvertretung der Statusgruppen zentral. Die Studierenden sind zwar die größte Gruppe an Bayerns Hochschulen, jedoch auch die, die am meisten von anderen abhängig ist.

Deswegen gehört für uns die Wiedereinführung einer selbstverwalteten Studierendenschaft zwingend zu einer Hochschulrechtsnovelle. Durch diese können dann auch Verträge geschlossen werden, um bspw. deutlich einfacher Semestertickets zu ermöglichen.

#### **e. Gleichberechtigung ernst nehmen**

Die Corona-Pandemie hat offenbart, was wir schon lange wussten: dass beim Thema Gleichberechtigung an unseren Hochschulen zu tun ist. Wir stellen uns eine Hochschule vor, in der sowohl die Professor\*innenschaft als auch die Gremien gleichberechtigt besetzt sind. Daher schlagen wir ein Kaskadenmodell für die Berufung von Professor\*innen vor und wollen Hochschulgremien paritätisch besetzen. So schaffen wir weibliche Rollenvorbilder und bringen auch die Sicht von Frauen in den Gremien ein.

Dreh- und Angelpunkt sind Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, die ihren Aufgaben vollumfänglich nachkommen können mit ausreichend Rechten, Finanzierung und Personal. Sie sollen auch in wichtigen Gremien wie den Hochschulleitungen und den Hochschulräten ihr Stimmrecht ausüben. Sie sollen mehr Einflussmöglichkeiten auf Berufungen, Einstellungs- und Bleibeverhandlungen erhalten.

Zudem braucht es verbindliche Gleichstellungskonzepte. Die Vereinbarkeit von Studium, Lehre und Forschung mit familiären, Betreuungs- und weiteren Verpflichtungen ist für uns ein Muss.

## **7. Für eine Transparenzoffensive für echte wissenschaftsgeleitete Politik!**

Die richtigen Lehren aus Corona zu ziehen, heißt für uns Grüne deshalb, die aktuelle Aufmerksamkeit für den Stellenwert der Wissenschaft für unsere Gesellschaft und die Notwendigkeit wissenschaftsgeleiteter Politik dazu zu nutzen, den Stellenwert der Wissenschaft in künftigen Haushaltsverhandlungen zu stärken, das Thema Wissenschaftskommunikation strukturell zu verankern und eine Transparenzoffensive innerhalb der bayerischen Wissenschaftspolitik zu starten.

## Unsere Forderungen:

- Grundfinanzierung der Hochschulen stärken und interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Wissenschaft fördern
- Eine ausführliche Evaluation der Umstellung des Sommer- und Herbst-Wintersemesters 2020 auf Digitale Lehre durchzuführen, um eine einheitliche Qualität der Lehre, gute Studierbarkeit aller Fächer und eine angemessene digitale Ausstattung der Hochschulen und Universitäten im Freistaat künftig sicherzustellen
- Einen 10-Jahresplan zu Sanierung und Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur des Freistaats auflegen
- Die Forschungsausgaben des Freistaats Bayern mittelfristig auf insgesamt 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts heben, wie auf Bundesebene gefordert
- Ein Corona-Transparenzgesetz und eine Corona-Begleitkommission einführen, um der Öffentlichkeit zu ermöglichen, nachvollziehen zu können, auf welcher Grundlage die Entscheidungen von Regierung und Parlament zur Pandemiebekämpfung gefällt werden und wurden
- Mittelfristig eine Ausweitung der Transparenzverpflichtung auf alle Expertengremien und wissenschaftlichen Entscheidungsgrundlagen, die von Seiten der Staatsregierung herangezogen werden
- Eine Bayerische Open Access und Open Data Strategie etablieren und Zweitveröffentlichungspflicht nach Vorbild Baden-Württembergs einführen
- Einführung eines Transparenzregisters für Drittmittelprojekte und Stiftungslehrstühle an bayerischen Hochschulen
- Gründung eines bayerischen Instituts für Technikfolgenabschätzung zur Erforschung wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen in Bezug auf systemische Zusammenhänge und Technikfolgen und zur Vermittlung darauf aufbauender Bewertungen, Handlungs- und Gestaltungsoptionen in Bezug auf ökologische, ökonomische, soziale, politisch-institutionelle und kulturelle Fragestellungen
- Eine bayerische, mit dem Bund abgestimmte Strategie zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation auflegen. Im gesamten Bildungssystem mehr Verständnis für Methoden und Grenzen der Wissenschaft schaffen
- Eine Prüfung, inwieweit analog zum Bundestag und anderen Landtagen ein eigener Wissenschaftlicher Dienst des Bayerischen Landtags eingeführt werden kann<sup>6</sup>
- Ein Hochschulzukunftsgesetz für alle
- Transparenter Neustart des Gesetzgebungsverfahrens
- Demokratische Governancestrukturen mit einer Stärkung der Gremien und gruppenparitätischer Besetzung
- Wiedereinführung einer selbstverwalteten Studierendenschaft
- Kaskadenmodell für die Besetzung akademischer Funktionen
- Eine Stärkung der Rolle der Frauenbeauftragten

Verena Osgyan, MdL

Wissenschafts- und Hochschulpolitische Sprecherin

Stand: 2.3.2021

6. Selbstdarstellung Wissenschaftlicher Dienst im Thüringer Landtag:

„In der Landtagsverwaltung besteht ein Wissenschaftlicher Dienst als ständiger Gesetzgebungs- und Beratungsdienst. Dieser ist in seiner Tätigkeit unabhängig und insbesondere bei der Erstattung von Gutachten und bei der Abgabe von Stellungnahmen keinen Weisungen unterworfen sowie in seiner Arbeit zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet. Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Dienstes unterstehen bei ihrer Tätigkeit der Aufsicht der Präsidentin des Landtags nur in dienstrechtlicher und organisatorischer Hinsicht.

Die Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes sind den Mitgliedern des Landtags, den Gremien des Landtags sowie den Fraktionen zur Verfügung zu stellen und nach einem Monat im Internet zu veröffentlichen [...]„Aufträge an den Wissenschaftlichen Dienst können erteilen:

- die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags,
- jedes Mitglied des Vorstands des Landtags,
- die Fraktionen,
- die Ausschüsse,
- jedes Mitglied des Landtags.“

Stand: März 2021



**KONTAKT:**

**Verena Osgyan, MdL**  
Stv. Fraktionsvorsitzende  
Wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecherin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Bayerischen Landtag  
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2574

[verena.osgyan@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:verena.osgyan@gruene-fraktion-bayern.de)  
[www.gruene-fraktion-bayern.de](http://www.gruene-fraktion-bayern.de)